

## Korrespondenzen.

**pp. Frankfurt a. M.** Die am 25. Februar im Rebstock abgehaltene Ordentliche Jahreshauptversammlung hatte erfreulicherweise einen recht guten Besuch zu verzeichnen. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Hauptversammlung wurde auf den enorm hohen Krankenstand hingewiesen und der weitere Einzug des eifernen Kollegen im Journal, wodurch ein Kollege bereits entlassen und neun weiteren meist älteren Kollegen anheim gegeben wurde, sich nach anderer Kondition umzusehen, angefündigt. Aus dem nunmehr folgenden Berichte des Vorsitzenden über die Entwicklung des Bezirks im verflochtenen Jahre ist folgendes Bemerkenswerte zu entnehmen: Die Vereinsgeschäfte wurden in 1 Haupt- und 11 Mitgliederberufungen erledigt; außerdem fanden 50 Vorstands- und 10 Vertrauensmännerwahlen statt. Den größten Teil nahm die Beratung der gestellten Anträge zum Gehalt und zur Generalversammlung in Mainz in Anspruch. Leider ließ der Besuch der Versammlungen wie auch die Beteiligung am Vereinsleben fortgesetzt zu wünschen übrig; namentlich sollten die älteren Mitglieder den jüngeren mit besserem Beispiele vorangehen. Der Mitgliederstand betrug Ende 1899 675 gegen 548 Ende 1898. Gestorben sind folgende sechs Mitglieder: Hch. Fischer, Theodor Seelinger, Hch. Althaus, Dan. Haller, M. Lang, Frdr. Joh. Dipei und Edm. Herling, welchen ein ehrendes Andenken bewahrt werden wird. An fünfzigjährigen Berufsjubiläen konnten wir das der Kollegen Franz Hofmann und das unsers früheren langjährigen Geschäftsführers Karl Jacobi feiern. Das hiesige Tarifschiedsgericht wirkte zur beiderseitigen Zufriedenheit und brauden wir denselben durchaus nicht mißtraulich gegenüberstehen. Die letzte Tarifbewegung zeitigte allerdings bei den in Betracht kommenden Geschäften nicht die erwarteten Erfolge, doch dürfte jedenfalls aber auch später hier Remedur geschaffen werden. An der Goetbefeier beteiligte sich eine stattliche Anzahl Kollegen, wie auch der Verlauf des Johannisfestes, der Hochausstellung und der Weihnachtsfeier allgemeine Befriedigung fand. Leider beteiligten sich an dem freiwilligen Beiträge für das Arbeitersekretariat von über 600 Mitgliedern nur etwa 400. Für andere Gewerkschaften bei Streiks usw. wurden etwa 1500 Ml. aufgebracht, ein Beweis, daß wir mit Vergnügen auf bewiesene Solidarität gegen andere Arbeiterbranchen verweisen können. Manche zu unserm Bezirk gehörigen Orte lassen allerdings leider hinsichtlich Bezahlung und Arbeitszeit noch manches zu wünschen übrig, doch dürfte auch hier eine rege geführte Agitation nicht erlahmen. Redner schloß seine längeren, beifällig aufgenommenen Ausführungen mit einer Aufmunterung, zum Ablaufe des Tarifes doppelt gewappnet zu sein, um unseren Forderungen nötigenfalls den richtigen Nachdruck zu verleihen. — Die Abrechnung des Kassierers lag gedruckt vor. Nach derselben betrug der Vermögensbestand der Bezirkskasse am 31. Dezember 1898 1464,39 Ml., am 31. Dezember 1899 1789,99 Ml. Der Unterstützungsfonds für unverschuldet in Not geratene Kollegen hatte am 31. Dezember 1898 einen Kassenbestand von 288,26 Ml., am 31. Dezember 1899 252,76 Ml. Krankengeld wurde an 329 (1898: 177) Mitglieder die enorme Summe von 11998,40 Ml. für 8861 Krankentage ausgezahlt. Die höchste Krankheitsdauer und -höhe erreichte das dritte Quartal mit 166 Kranken und 2993 Krankentagen. Vom Kassierer wurde lebhaft Klage über den Passus Anstehende Darlehen geführt. Es sei sehr bedauerlich, hier öffentlich konstatieren zu müssen, daß die betreffenden Kollegen so wenig ihren eingegangenen Verpflichtungen nachkämen. — Aus dem nunmehr gegebenen Berichte des Reise- und Arbeitslosenassistenten sind folgende Zahlen zu entnehmen: An Arbeitslose wurden im ganzen 6109 Ml. ausgezahlt, gegen 5456,50 Ml. im Vorjahre und 10254 Ml. in 1897. Beim Arbeitsnachweise meldeten sich konditionslos 211 Gesellen (118), an denselben wandten sich 70 Firmen, 38 hiesige und 32 auswärtige. Insgesamt verlangt wurden 195 Gesellen, welche mit wenigen Ausnahmen auch engagiert wurden. — Die Bibliothek ist durch Geschenke der Kollegen Bod, Fadelmeyer, Jacobi jun. und Lindner sowie durch eine Zuweisung des Bürgervereins auf 1024 Bände angewachsen gegen 970 im Vorjahre. Die Bücherentnahme ließ allerdings recht viel zu wünschen übrig. Der neue Katalog wird Anfang April erscheinen und mögen die Kollegen für dessen Verbreitung besorgt sein. — Seitens der Revisionen wurde mitgeteilt, daß sich die Kasse bei den verschiedenen ordentlichen und außerordentlichen Revisionen in vollster Ordnung befunden habe und wurde deshalb auf deren Antrag dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Wie nicht anders zu erwarten, rief der nunmehr zur Beratung kommende Antrag des Vorstandes und der Vertrauensleute, den Bezirksbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen, eine ungemein lebhaft und längere Debatte hervor. Zweck des Antrages

war, die Kosten für das Arbeitersekretariat allgemeiner zu verteilen, da aus den freiwilligen Beiträgen im Vorjahre nur 416 Ml. eingegangen, während wir doch der Stärke unserer Mitgliederzahl nach verpflichtet seien, jährlich 600 Ml. abzuliefern. Wenn auch alle Redner sich darin einig waren, daß es unsere Pflicht gebiete, dem Arbeitersekretariat gegenüber voll und ganz unsere Schuldigkeit zu thun, so war man doch einerseits der Ansicht, daß ein noch höherer Beitrag als der jetzige zur Gewinnung der indifferenten Kollegen nicht dienlich sei, während man andererseits die Erhöhung mit den hiesigen enorm hohen Lebens- und Wohnungsverhältnissen, wo das Minimum zum Maximum geworden sei, nicht in Einklang bringen konnte. Schließlich wurde der Antrag mit 74 gegen 44 Stimmen angenommen. Der erhöhte Beitrag tritt mit dem 1. April in Kraft. — Die Remuneration des Vorstandes, der Bibliothekare und des Arbeitslosenassistenten wurde wie folgt festgelegt: erster Vorsitzender 110, zweiter Vorsitzender 30, Kassierer 60, Schriftführer 60, Beisitzer 30, Bibliothekare 75, Reisekostenverwalter 10 Ml. Nachbewilligung. Natürlich ging es bei diesem Punkte auch diesmal nicht ohne die häßlichen Bemerkungen einzelner Kollegen, die von dem nimmermüden Rachen des Vorstandes, der alles verschlingt, sprachen, nicht ab. — Die Vorschläge zur Neuwahl des Vorstandes zeitigten ebenfalls eine längere lebhaft Debatte. Hatten doch die Vertrauensmänner für diesmal von einer Wiederanstellung unsers bisherigen langjährigen ersten Vorsitzenden abgesehen. Die meisten Redner in dieser Angelegenheit waren sich denn mit diesen auch darin einig, daß, nachdem Kollege Dorich nunmehr als Arbeitersekretär sei, dieser unabhängig von den einzelnen Gewerkschaften bleiben müsse, welchem D. entgegenete, daß, obwohl er sich bei seinem Engagement uns gegenüber durchaus nicht gebunden habe, er doch recht gern zu Gunsten des in Vorschlag gebrachten bisherigen zweiten Vorsitzenden zurücktrete. Für den Gesamtvorstand in Vorschlag gebracht und seitens der Versammlung acceptiert wurden folgende Kollegen: Ludw. Numbler, erster Vorsitzender; D. Kitzel, zweiter Vorsitzender; G. Fetsel, Kassierer; E. Heinemann, Schriftführer; L. Wilhelm, Beisitzer. Der jetzige Schriftführer P. Koppe lehnte seine Wiederanstellung definitiv ab. Als Reisekostenverwalter wurde Kollege F. Fortin mit großer Mehrheit wiedergewählt, während sich die Bibliothekskommission für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammensetzt: A. Doh, J. Koppier, P. Breiter. Zur Revisionen wurden die Kollegen A. Wendt, Schweizer und Schindhelm bestimmt, während als Kontrolleure der Arbeitsunfähigen folgende Kollegen nominiert wurden: Stieb, Dietrich, Frid, Wald, Wilhelm, Anhalt, Sühner, Schlade, Barck, Fadelmeyer, Wader, Mübin und Navratil. — Da die Zeit inzwischen ziemlich weit vorgedrungen war, ging ein Antrag ein, den letzten Punkt der Tagesordnung auf diese der nächsten Versammlung zu setzen, welcher jedoch abgelehnt wurde. Der Punkt selbst aber, welcher einen Antrag des Vorstandes und der Vertrauensleute betraf, den Arbeitslosenassistenten für ihre Mühehaltung am Jahresschlusse 1/2 Proz. der von ihnen im Laufe des Jahres abgelieferten Beiträge als Remuneration zu bewilligen, wurde allerseits mit Freuden als sehr zweckentsprechend begrüßt und der Antrag selbst nach kurzer Debatte angenommen. Zum Schluß wurde seitens der Versammlung dem Gesamtvorstande für seine rührige Thätigkeit im abgelaufenen Jahre wie auch noch im ganz besonders dem Kollegen Dorich für seine langjährige prompte Geschäftsführung der beste Dank ausgesprochen, welchem gegenüber D. für das ihm in den langen Jahren seitens der Mitglieder entgegengebrachte Vertrauen in seiner innigsten Stellung dankte. — Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband fand die nahezu fünfständige Versammlung einen würdigen Schluß. Im Laufe derselben ging noch ein Begrüßungstelegramm von unsern frühern z. B. in der Schweiz weilenden Reisekostenverwalter E. Lindner ein, welches dankend erwidert wurde.

**Beisitzers (Zinnland).** Am 27. Februar reichten sämtliche Kollegen Finnlands ihre Kündigung ein, um den von ihnen ausgearbeiteten Tarif in den Druckereien einzuführen. In denselben werden neunstündige Arbeitszeit, Erhöhung der Grundpositionen um 10 Proz. und eine Lehrlingskassa nach deutschen Muster gefordert. Seit 1891, dem letzten Streik, hat keine Verbesserung unserer Lage stattgefunden und sind schon deshalb unsere Forderungen mehr als berechtigt. Betrachtet man nun noch unsere ziemlich teuren Lebensverhältnisse (eine Stube und Küche 40 bis 50 Ml., eine finnische Mark = 1 Franz) gegenüber einem Lohne von monatlich 120 bis 150 Ml., so grenzt es fast an eine strafbare Handlung seitens der hiesigen Prinzipale, sich mit solcher Gewalt unseren Forderungen gegenüber zu stellen. Zwei der Herren befinden sich zur Zeit in Deutschland, zwei in Skandinavien und weitere zwei in den russischen Ostseeprovinzen,

um Arbeitswillige zu suchen. Die Kündigung erfolgte mit großer Eiligkeit vom Faktor bis zum jüngsten Lehrling und sind unsere Aussichten die denkbar besten. Der Zweck dieser Zeilen ist nun, unsere deutschen Kollegen zu warnen, nach ihrer Arbeit anzunehmen und sich nicht durch glänzende Versprechungen täuschen zu lassen, da sie nach dem Streik in jeden Fall wieder ihre Stellen aufgeben müssen. Außerdem kommen die schwierigsten Sprachverhältnisse, zwei Landesprachen: finnisch und schwedisch, in Betracht. Wir erwarten, daß die deutschen Kollegen allerorts ihr Möglichstes thun werden, um den Zugang nach hier zurückzuhalten.

**n. Veer.** Am 25. Februar fand hier eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, zu der sich von 20 eingeladenen Nichtmitgliedern 4 eingeladen hatten, von den in Veer konditionierenden 11 Mitgliedern waren nur 8 anwesend, gewiß ein recht trauriges Zeichen für die Mitglieder. Infolge Verschiebung der Tagesordnung hielt zunächst Kollege Rhein aus Bremen einen interessanten Vortrag, in der Referent in längerer Rede die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nachwies, hierbei die Buchdruckerverhältnisse besonders hervorhebend. An der Hand von Zahlen betonte er die in den letzten Jahren stetig zunehmende Einführung der Segmashinen und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit unter den Kollegen. Mit einer Aufmunterung an die dem Verbands noch Fernstehenden schloß Kollege Rhein seine wohlgeungene Rede. — Ein Nichtmitglied trat einige Tage später dem Verbands bei. — Der nächste Punkt der Tagesordnung: Beipredigt über die Feier des 500. Geburtstages unsers Altmeisters, fand dadurch seine Erledigung, daß aus jeder Druckerei am Platze ein Kollege gewählt wurde und bleibt es diesen Kollegen vorläufig überlassen, die Angelegenheit einzuleiten.

**Stuttgart.** Auf die in Nr. 29 erschienene ebenfalls Rechtfertigung der Leitung der Vereinsbuchdruckerei contra Hoyer erlauben sich die Unterzeichneten, da ihre Namen dabei genannt werden, verschiedene Entstellungen von Thatsachen energisch zurückzuweisen. Als wir, von Herrn Anie geschickt, in die Vereinsbuchdruckerei um Kondition kamen, sagte Herr Bürger zu uns, daß er Kondition auf 8 oder 14 Tage habe und zwar im Berechnen. Wir bedauerten, die Kondition unter letzterer Bedingung nicht annehmen zu können, da in diese Zeit die Weihnachtsfeierzeit, Neujahr und Erntedankfest (zusammen 4 Feiertage) fielen, und wir uns aus diesem Grunde in sekundärer Hinsicht sehr schlecht gestellt hätten. Wenn er uns versprochen hätte, daß die Kondition doch wenigstens 3 bis 4 Wochen anhalte, würden wir anfangen, andernfalls nicht. Herr B. verneinte dies und wir erklärten, vorerst mit Herrn Anie Rücksprache nehmen zu wollen. (Letztern gab Herr B. auch in einer Unterredung das Obengesagte zu.) Wir waren uns recht wohl bewußt, in welche Skalamität wir uns begaben, daß wir vielleicht mit diesem Schritte sogar unsrer Arbeitslosen-Unterstützung verlustig gehen konnten, und daß wir uns diesbezüglich auch gar keinen Illusionen hingeben haben, indem Herr Anie auf unser Verhalten hin sich weitere Schritte gegen uns vorbehielt. Es kann also unter gar keinen Umständen davon die Rede sein, daß wir auch noch auf das übliche Weihnachtsgeschenk reflektiert hätten und deshalb eine Kondition ablehnten. Das ist die „Händergeschichte“, welche wir nicht Herrn Hoyer, sondern einer der 3 bis 4 Wochen anhaltenden unterbreiteten, und welche von der Vereinsbuchdruckerei als „geschmacklos“ und als „Märchen“ bezeichnet wird. Die Debatte, die in der Versammlung darüber entfand, kurzweg als „Platz“ zu bezeichnen, gehört unsrer Meinung nach in das Reich der höchsten Geschmacklosigkeit. Zum Schluß erklärten wir an dieser Stelle, daß wir auf feinerlei Angriffe mehr reagierten, da uns diese Geschichte nachgerade zum Halse herauswuchs und uns dabei noch etwas menschliches passieren könnte.

Christian Nabel. Sebastian Niedner.

## Rundschau.

Die Hest. Typographia fügt der Meldung von dem Rücktritt des Kollegen Zeh in Wien von der Redaktion des Vorwärts folgende Worte bei: „Zeh wurde in letzter Zeit wegen seiner Haltung in der Tarifbewegung aus Kollegenkreisen bestig angegriffen und gekränkt, was ihn bewogen haben wird, das Feld zu räumen. Unser Ansicht nach ist die österreichische Kollegenchaft dem Redakteur des Vorwärts gerade deshalb Dank schuldig, weil er im Tarifkampfe im höchsten Interesse der Gewerkschaft seinen Mann stellte und die Ueber-eiferer zurückhielt. Hätte er zum Streik geholt, so hätten ihn die Vorwürfe auch getroffen — nur etwas später.“ Ganz recht! Als das Gleiche aber in Deutschland geschah, da wurden von demselben Platze umgekehrt die „Ueber-eiferer“ in Schutz genommen!

Die Halberstädter Arbeiter-Zeitung wird vom 1. Oktober ab täglich (bisher dreimal wöchentlich) erscheinen zum Preise von 2,25 Mk. vierteljährlich einschli. der Beilage „Neue Welt“.

Vernichtet wurde Redakteur Schöpflin von der Ebenerger Volksstimme vom Schöffengericht in Eibenshausen zu zwei Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Fabrikanten. Die Einbader Zeitung leuchtete dem Zentrumsgesandten Dr. Heim, der im bayerischen Abgeordnetenhaus von „Freigeist“ u. dergl. geäußert, in gebührender Weise beim. Diese Antwort wurde mit 50 Mk. bestraft. Als in hohem Grade schuldig befunden wurde von der Strafkammer in Gießen ein Subarenunteroffizier betrachtet worden zu sein. Derselbe hätte sich durch einen Artikel der Votprophet Zeitung beleidigt und es wurde auf erhobene Klage nicht nur der verantwortliche Redakteur, sondern auch zwei Setzer und ein Drucker zu je 20 Mk. verurteilt. Im Gegenjage hierzu befindet sich die amtliche Straßburger Korrespondenz, welche auf Grund § 12 des Preßgesetzes keinen verantwortlichen Redakteur hat. Dieser Paragraph befreit allerdings amtliche Blätter nur dann von der Kennung eines verantwortlichen Redakteurs, wenn sie sich auf amtliche Mitteilungen beschränken. Das hat aber das Blatt nicht abgeleitet, den Reichstagsabgeordneten Betreff zu beleidigen. Während im obigen Falle gleich vier Verantwortliche gefunden wurden, gibt es in diesem gar keinen.

Am 10. März starb in Berlin der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Schriftsteller Ludolf Karcissus, geb. 1827 in Gerdelen. Er war anfangs im preuß. Justizdienste tätig, wurde aber 1864 gemahregelt, weil er einen fortschrittlichen Wahlkreis unterzeichnet hatte. Als Schriftsteller gab er u. a. mehrere Nüchternen über das Genossenschaftswesen und einige Kommentare zu einschlägigen Gesetzen heraus, auch mehrere Romane. Der dieser Tage in Wien verfasste Schriftsteller Dr. August Silberstein, geb. 1827 in Ofen, studierte wegen seiner Beteiligung an der 1848er Revolution aus seiner Heimat und wurde nach seiner Rückkehr im Jahre 1854 zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt, von denen er zwei Jahre in den Katenen des Prünner Spielberges absüßte und dann in Freiheit gelassen wurde. Seine zahlreichen novellistischen Arbeiten, deren Stoffe er aus dem Leben der österreichischen Bergbewohner holte, erwarben ihm die Anerkennung. Zahlreiche Gedichte Silbersteins wurden von hervorragenden Komponisten in Musik gesetzt.

Der Deutsche Reichstag nahm am 13. März die auf das Münzgesetz bezügliche Regierungsvorlage in zweiter Lesung an. Danach werden die goldenen Einheitsmünzstücke auf Anordnung des Bundesrates mit einer Einföhrungsfrist von einem Jahre außer Kurs gesetzt, desgleichen die Zwanzigpfennigstücke aus Silber und Nickel, jedoch nicht vor dem 1. Januar 1902 bzw. 1903. Der Gesamtbetrag der Reichsmünzprägungen soll fortan 15 Mk. pro Kopf betragen und bei der Neuprägung dieser Münzen ein Teil der noch im Umlauf befindlichen Thaler eingezogen und verwendet werden. Eine angenehme Resolution verlangt vermehrte Ausprägung von Kronen.

Vom 1. April ab ist die Verleitung von Geschäftspapieren im innern deutschen Postverkehr zur Druckschuld zulässig. Verboten sind darunter alle Schriftstücke und Urkunden, ganz oder teilweise mit der Hand geschrieben oder gezeichnet (die nicht die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz haben), wie Prozessakten, von öffentlichen Beamten ausgenommene Urkunden jeder Art, Frachtbriefe oder Ladefcheine, Rechnungen, Quittungen auf getrenntem oder ungetrenntem Papier, die verschiedenen Dienstpapiere der Versicherungs-Gesellschaften, Abschriften oder Auszüge außergerichtlicher Verträge, gleichviel ob auf getrenntem oder ungetrenntem Papier geschrieben, handschriftliche Partituren oder Notensätze, die abgeordnet verhandelte Manuskripte von Berichten oder Zeitungen, fortgerrichte Schülerarbeiten mit Ausschluß jeglichen Urteils über die Arbeit, Militärapasse, Lohn-, Dienst- oder Arbeitsbücher usw. Was Form und äußere Beschaffenheit betrifft, so unterliegen diese Geschäftspapiere den für Drucksachen geltenden Vorschriften und müssen die Aufschrift „Geschäftspapier“ tragen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Offenbach stimmte dem Antrage des Oberbürgermeisters zu, in den städtischen Haushaltesatz veranschaulicht 10000 Mk. für die Gewährung unentgeltlicher Gebarmittel und Bezahlung Verstorbenen einzustellen.

Im Anschlusse an den Kongress wurde der erste Verbandstag der Gastwirtsgehilfen abgehalten. Der Verband zählte am 31. Dezember 1887 Mitglieder. Seit Bestehen des Verbandes, in den beiden letzten Jahren, sind 46000 Mitglieder und eine große Anzahl Broschüren bedarfs Anklärung zur Verteilung gelangt. Eingekommen wurden in dieser Zeit 52529,35 Mk., ausgegeben 41949,35 Mk., darunter für das Jahr 1897 9670 Mk., für Agitation 3534 Mk., für Arbeitsnachweis 3214 Mk., für Kranken- und Reiseunterstützung und Sterbegeld (die erst seit einem Jahre bezahlt werden), Rechtschutz und Darlehen 4363 Mk. Andere Gewerkschaften wurden bei Streiks mit 725 Mk. unterstützt. Der Kassenbestand Ende des Jahres belief sich auf 10580 Mk. Bei der Debatte über den Geschäftsbericht kam das Thema „Politik in den Gewerkschaften“ zur Sprache. Der Verbandsvorsitzende Bösch äußerte sich hierzu nach dem Vorwärts wie folgt: „Es ist selbstverständlich, daß die gewerkschaftliche Agitation nicht poli-

tischen Zwecken zu dienen habe. Jedoch dürfte man nie vergessen — und das müßte auch bei der Agitation betont werden — daß der Verband sich von anderen Kellnervereinen dadurch unterscheidet, daß er eine Interessensharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht anerkennt und in dieser Hinsicht also auf dem Boden der Sozialdemokratie stehe. Wenn die Gewerkschaft, obwohl sie nicht politisch sei, von den Gegnern als sozialdemokratisch bezeichnet werde, so brauche man darauf durchaus keine Rücksicht zu nehmen oder gar in übertriebener Angstlichkeit fürchten, sich zu den Prinzipien der klassenbewußten Arbeiterbewegung zu bekennen.“ Bei Beratung über das Verbandsorgan wünschte man, daß allzu drastische Krassaussprüche vermieden würden. Nach einem Referate des Vorsitzenden der Generalkommission, des Herrn Legen, erklärte der Verbandstag, daß die Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes (Verbot des Inverbindungstretens) kein Grund sei, die Taktik des Verbandes zu ändern. Ebenso beschloß man, auf die Erwerbung der Reichstagsabgeordnet (S. O. S.) zu verzichten. Hierauf wurde ein Streikregiment angenommen (Unterführung 1,50 Mk. pro Tag, für jedes Kind Verbräterer 1 Mk. wöchentlich, ferner die Festsetzung eines den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Mindestlohnes beschlossen, als Grundlage für die Rechtsprechung der Gewerbegerichte.

Das preussische Kammergericht hat in einer neuerlichen Entscheidung wiederholt festgestellt, daß Vereine, und als solche sind auch Zunftvereine zu betrachten, welche sich mit der Regelung des Arbeitsmarktes, besonders des Arbeitsnachweises, mit der Gewährung von Heiße- und Streikunterstützung usw. befassen, als solche zu erachten seien, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Es seien dies Zwecke, welche über die Privatinteressen der Mitglieder hinausgingen und erheblich auf öffentliche Angelegenheiten einwirken könnten. Es sei gleichgültig, daß diese Zwecke zugleich die Privatinteressen der Mitglieder verfolgten, entscheidend sei, daß sie außerdem geeignet, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Die wegen nicht rechtzeitig (innen drei Tagen) gefebener Anmeldung von neu aufgenommenen Mitgliedern erfolgte Bestrafung der Verwaltung der Zunftvereine Dortmund des Maurerverbandes sei daher von Rechts wegen erfolgt.

Die Textilarbeiter in Apolda streben eine 20proz. Lohnenerhöhung an, welche sie ohne Streik zu erzielen hoffen. Die Lohnbewegung der Kleber (Lapezierer) in Berlin ist beendet. Von 146 Firmen haben 130 die Forderungen bewilligt, die übrigen bleiben gesperrt. Die Lapezierer ebenfalls verlangen 60 Pf. Mindestlohn, Erhöhung sämtlicher Akkordpreise um 20 Proz., Sonnabend und Montag eine Stunde früher Feierabend, Abschaffung der Ueberstunden event. 20 Pf. Zuschlag und außer einigen unentgeltlichen Zuschlägen Freigabe des 1. Mai. 82 Firmen mit 423 Arbeitern haben bewilligt, bei 30 Firmen streiten 210 Arbeiter, mit 40 Firmen wird wegen nicht erheblicher Differenzen verhandelt. In Sachen des Streiks bzw. der Aussperrung in der Holzindustrie fanden vor dem Gewerbegerichte Verhandlungen statt, die noch fortgesetzt werden. Die Zahl der Ausständigen beträgt insgesamt etwa 7000, während 2000 zu neuen Bedingungen arbeiten und 700 abgerufen sind. Von den Webepolierern sind 828 ausständig. In Düsseldorf-Grafenberg streiten die Rodschleimner der Firma Daniel & Lueg wegen Lohnhöhen in der Rindung ein. Die Forderungen der Düsseldorf Textilarbeiter bei Herzfeld Söhne sind im wesentlichen bewilligt worden. Der Lohnzuschlag beträgt jedoch nur 20 Pf. pro Tag. In Heidelberg streiten die Maurer um die gestündliche Arbeitszeit. In Lohnbewegung traten in Krefeld die Holzarbeiter, sie verlangen den Neuntundentag, 10 Proz. Lohnenerhöhung und Abschaffung verschiedener Mißstände. Auch die Schuhmacher derselben haben eingesehen, daß eine 14 bis 15 stündige Arbeitszeit bei 10 bis 20 Pf. Stundenlohn nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Die Textilarbeiter in Krefeld sind in einer mühsamen Lage, ihre Thatsache ist geschwächt durch die Spaltung in drei Parteien. Daher müssen sie noch fortgesetzt Wahrregelungen aus nützlichen Gründen sich gefallen lassen und jedes Bestreben, Besserung herbeizuführen, ist als ausichtslos zu betrachten. In Kreuznach traten die Maler und Anstreicher in den Ausstand. Der Ausstand der Holzarbeiter in Magdeburg wurde für beendet erklärt. Es handelte sich bekanntlich nur noch um den städtischen Hafen und hier haben sich so viele Arbeitswillige (aber nicht aus den Reihen der Streikenden) gefunden, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte, was die Verwaltung aber nicht abhät, nach weiteren Arbeitskräften Umhau zu halten. Diese Arbeitswilligen haben gemerkt, wo sie nicht gefäet haben, indem ihnen viele der gestellten Forderungen bewilligt wurden. Auch der Streik der Metallarbeiter bei Garrett Smith & Co. daselbst wurde für beendet erklärt, jedoch ist die Aussperrung noch nicht aufgehoben. Ein Schreinerstreik in Mainz wurde durch gegenseitige Vereinbarung vermieden. Es wurde die neunstündige Arbeitszeit bei 10 Proz. Lohnenerhöhung bewilligt. In Mors freiten etwa 400 Weber wegen Aufregung des Dorfleiters bei den Unterhandlungen mit der Firma Schröder betr. Aufbesserung der Löhne. Ein Zimmermeister Otto Schulze in Schönbach sperrte die Verbandsmitglieder aus. Es ist bedauerlich, daß es noch so viele Arbeiter gibt, welche solche Uebergriffe ermöglichen.

Ein Schöffengericht in Zwickau hat in einem Prozesse wegen Vergehens gegen § 153 eine Ausnahme von der Regel gemacht. Es wurde zwar als erwiesen angesehen, daß die angeklagten zwei Verleiher zwei Arbeitswilligen durch Schamperieren zwei Mißachtung und Verungüßigung ausbrüden wollten, aber die Klagen waren kein genügender Grund zu einem Vorgehen im öffentlichen Interesse, es müßte den Beleidigten überlassen werden, im Wege der Privatklage sich Sühne zu verschaffen.

Die österröichischen Verleiher halten noch immer zusammen, sie befinden sich nun neun Wochen im Ausstande. Der sozialpolitische Ausschuss im Reichsrath schlägt vor, vom 1. Januar nächsten Jahres ab die Arbeitszeit unter Tag um neun Stunden festzusetzen, dürfte aber bei den Arbeitern mit diesem Vorschlage kein Glück haben. In Belgien verlangen die Kohlenverleiher ebenfalls einen Anteil an den steigenden Kohlenpreisen. Es sollen sich bereits 12000 Mann im Ausstande befinden.

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister wurde beim Bundesrat und dem Reichsamte des Innern gegen die Veranlassung von Arbeitern bei der Kontrolle der Unfallverhütungs- und Schutzvorschriften vorstellig. Die Häufigkeit der Unfälle wird zumeist den Arbeitern zugeschoben, die in großer Zahl von ungenügender Qualität seien, in Aussicht auf die Unfallrente leichtfertig arbeiten und endlich während der Arbeitszeit zu stark dem Genuße geistiger Getränke huldigen. Die beteiligten Arbeiter geben vielleicht den Berenten Gelegenheit, diese Anschuldigungen zu beweisen. Es dürfte sich dabei wohl herausstellen, daß die Leichtfertigkeit lediglich auf Seite der Berenten zu suchen ist, mindestens in Ausstehung von vagen Behauptungen.

Die für die Städte Köln, Wülheim a. Rh. und Kall errichtete Zwangsinnung für Buchbinder hört laut Verfügung des Regierungspräsidenten mit dem 31. März auf zu existieren.

In Aachen bildete sich ein Arbeitgeberverband der Textilindustrie und beschloß, die Arbeitszeit für alle Webereien einheitlich auf 10 $\frac{1}{2}$  Stunden festzusetzen.

Am 23. Juni soll in Kopenhagen ein Kongress der organisierten Bäckergehilfen aller Länder stattfinden.

Eine in Bonn abgehaltene Versammlung der Besitzer von Mineralwasserquellen beschloß eine allgemeine Preiserhöhung des Wassers.

Die Generalversammlung des Vereins der Schuh- und Schafesfabrikanten in Weisensfeld beschloß eine weitere Erhöhung der Preise für fertige Schuhwaren um 5 Prozent.

In der Schweiz bestehen zur Zeit folgende Arbeitersekretariate: Das schweizerische in Zürich, vom Bunde mit 250000 Fr. subventioniert, und dasjenige der zürcherischen Arbeiterkass, ferner ein solches in Bern und außerdem funktionieren die Adjunkten des schweizerischen Arbeitersekretariats in Biel und Gené gleichzeitig als lokale Arbeitersekretäre. In Basel, wofolbit wie in Bern auch christlich-soziale Arbeitersekretariate vorhanden, Winterthur und Schaffhausen ist die organisierte Arbeiterkass ebenfalls Sekretariate errichtet. In Basel soll daselbe bereits mit dem 1. Juli eröffnet werden.

Der Pariser Arbeitshörsse gehörten im Vorjahre 266 Gewerkschaften an: Gewerkschaftsvereinigungen wurden 2615 im Berichtsjahre abgehalten, außerdem 225 Gewerbeturse und Vorträge. 117 Gewerkschaften haben unentgeltliche Arbeitsnachweise eingerichtet, 107 beziehen einen Teil der vom Pariser Gemeinderat bewilligten Subvention. Im Hauptgebäude (3 rue du Château d'au) sind 232 Gewerkschaften untergebracht und ihnen hier 144 Bureauzimmer zugewiesen, 34 Gewerkschaften befinden sich in der Filiale (rue Jean Jacques Rousseau).

Ueber die Erbschaftsteuer hat Prof. Dr. Schanz in Würzburg in der zweiten Auflage des dritten Bandes des Handbuchs der Staatswissenschaften eine Studie veröffentlicht, aus der nachfolgende statistische Mitteilungen von Interesse sind: In der Zeit von 1894 bis 1896 war der Durchschnittsbetrag der Erbschaftsteuer pro Kopf der Bevölkerung in Großbritannien 6,60 Mk., in Holland 4,22, in Frankreich 3,95, in Belgien 2,45, in Italien 0,98, in der Schweiz (1896) 0,87, in Oesterreich 0,80, in Spanien 0,75, in Dänemark 0,57, in Ungarn (1893 bis 1895) 0,49, in Deutschland 0,42, in Norwegen 0,30 Mk. In den Einzelstaaten war der Betrag pro Kopf in den Jahren 1894 bis 1896 in Hamburg 2,74 Mk., in Bremen 1,99, in Elsaß-Lothringen 1,91, in Lübeck 0,95, in Koburg-Gotha 0,58, in Baden 0,52, in Oldenburg 0,47, in Hessen 0,40, in Bayern 0,42, in Altona 0,42, in Bismarck 0,41, in Weimar 0,41, in Sonderhausen 0,38, in Neuch. J. 0,37, in Braunschweig 0,36, im Königreiche Sachsen 0,36, in Anhalt 0,29, in Preußen 0,28, in Mecklenburg-Schwerin 0,24, in Lippe-Deimold 0,20, in Neuch. a. L. 0,20, in Rudolstadt 0,16, in Sachsen-Weimarer 0,15, in Schaumburg-Lippe 0,15 Mk. Die Gesamtsumme der Erbschaftsteuer betrug in Deutschland im Jahre 1896 21,6 Millionen Mark. Rechnet man in Deutschland ein vererbtes Vermögen von 2092 Millionen Mark und unter Berücksichtigung von Freistellungen 1508 Millionen Mark als steuerbares Vermögen, so würde letzteres in England ungefähr 100 Millionen Mark, in Belgien 83 Millionen, in Holland 77 Millionen, in Italien 68 Millionen, in Frankreich 52 Millionen, in Oesterreich 41 Millionen Mark Steuern liefern.